

BERICHTE

Mai 1945 – Mai 1998/99

Über einen Versuch des AKENS, in Schleswig-Holstein die Vernetzung zu fördern

Im Frühjahr 1998 trafen sich in Kiel auf Einladung des AKENS und des *Arbeitskreises Asche-Prozeß* über ein Dutzend Menschen, die in zehn Orten unseres Landes Stadtführungen zum Thema Nationalsozialismus anbieten. Die Tagung wurde bestimmt durch den erstmaligen Austausch von Erfahrungen und methodischen Ansätze untereinander. Abgesehen von dem Interesse an einer Folgeveranstaltung schlug der AKENS-Vorsitzende Eckhard Colmorgen vor, gemeinsam am 8. Mai in Schleswig-Holstein mit Stadtführungen und anderen Veranstaltungen präsent zu sein. Die im Vorstand schon länger diskutierte Idee zu „Ein Land erinnert sich – Aktionen zum „Tag der Befreiung““ war damit an einen Kreis von Interessierten weitergegeben worden, die sich möglichst breit beteiligen konnten.

Den „Tag der Befreiung“ zu wählen, war naheliegend, da in Schleswig-Holstein mit dem 27. Januar und dem 9. November schon zwei zentrale Gedenktage öffentlichkeitswirksam seitens der Politik begangen werden. Dagegen wird derzeit der 8. Mai nur wenig – und wenn, dann an runden Jahrestagen – von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen. Er eignet sich aber wegen seiner Ambivalenz in der damaligen und auch heutigen Wahrnehmung („Tag der Befreiung“ gegen „Tag des Kriegsendes, der Niederlage“) sehr, um auch kritisch an die TäterInnen und die Taten, das Wegschauen, das Mitläufertum und den geringen Widerstand zu erinnern.

Die Aktion „Ein Land erinnert sich“ soll dabei die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte vor Ort befördern/anregen und dient gleichzeitig dazu, innerhalb des Landes unterschiedliche Gruppen zu einer gemeinsamen Aktion zu koordinieren und auf Dauer zu vernetzen.

Während im ersten Jahr der Aktion, 1998, sich aufgrund des Zeitdrucks und trotz des großen Engagements von Eckhard Colmorgen nur wenige VeranstalterInnen zum Mitmachen bereitfanden und auch die Beteiligung und das Presseecho nur schwach waren, hatte der Vorstand für 1999 aus den Erfahrungen gelernt und hoffte auf eine breitere Resonanz.

Wiederum wurde ein Faltblatt erstellt, das in allen beteiligten Orten ausgelegt wurde. Mit den Städten Kiel, Lübeck, Bad Segeberg und der Aktion „Blumen für Gudendorf“ waren vier von sieben Veranstaltern gleich geblieben. Reinbek, Glinde/Kreis Stormarn und Eckernförde waren hinzugekommen, Flensburg und Itzehoe hatten sich leider nicht mehr beteiligt. Die Hoffnung auf weitere Verbreitung der Aktion trog also.

Nichtsdestotrotz sollte der AKENS auch im nächsten Jahr noch einmal versuchen, mit „Ein Land erinnert sich“ dem Mai 1945 zu gedenken und weiterhin vernetzend zu arbeiten. Knapp 100 Menschen (mit der extra für sich werbenden Gedenkveranstaltung in Gudendorf sogar 200 Menschen) haben schließlich an den Rundgängen teilge-

nommen, was meines Erachtens als Erfolg zu werten ist. Die positive Rückmeldung der VeranstalterInnen an den AKENS unterstützt diese Bewertung.

Der AKENS könnte mit der Koordination zum „Tag der Befreiung“ nicht nur diesen im öffentlichen Bewusstsein präsenter machen. Vielmehr ist diese Aktion auch Mittel zum Zweck zur Vernetzung eines kleinen Teils der Geschichts„bewegung“ in Schleswig-Holstein. Und gerade dies hat sich der AKENS zwar immer noch offiziell auf seine Fahnen geschrieben, aber tatsächlich in den letzten Jahr(zehnt)en nicht

mehr ausreichend leisten können.

Meines Erachtens sind Treffen von denjenigen, die Geschichte vor Ort vermitteln wollen, und auch die Koordination von gemeinsamen Veranstaltungstagen ein gutes Mittel, um wieder ein gemeinsames Bewusstsein für die Sache „Auseinandersetzung mit der NS-Zeit“ zu schaffen. In diesem Sinne hoffe ich, dass es auch im nächsten Jahr wieder heißt: „Ein Land erinnert sich. Stadtführungen zur lokalen NS-Geschichte anlässlich des Kriegsendes im Mai 1945. Koodiniert vom AKENS e.V.“

Frank Omland

Gedenkstätte für die Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen in Mölln

In einer Traueranzeige, die zum Volkstrauertag 1998 im *Möllner Markt* erschien, erinnerte der Möllner Pastor Dr. Holger Roggelin an das Schicksal von 27 Kindern osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen. Die Kinder waren zwischen 1943 und 1945 in Mölln gestorben, die meisten von ihnen im Säuglingsalter.

Die Anzeige löste Betroffenheit, Zustimmung, vereinzelt auch Protest aus. Bei der Klasse 10 b der A.-Paul-Weber-Realschule weckte sie das Interesse, die Hintergründe der damaligen Ereignisse zu erfahren.

Die Schülerinnen und Schüler setzten sich mit Pastor Dr. Roggelin in Verbindung und recherchierten im Möllner Stadtarchiv. Auch die Befragung von Zeitzeugen im Möllner Seniorenheim „Uhlenspiegel“ war Teil des Projekts. Über die Hintergründe des Todes der Kinder erfuhr die Klasse Folgendes:

In Mölln befand sich zwischen 1934

und 1945 ein großer Rüstungsbetrieb, die Heeresmunitionsanstalt Mölln (Muna). Neben dienstverpflichteten Frauen und Kriegsgefangenen waren hier viele Zwangsarbeiterinnen tätig. Die Akten des Stadtarchivs geben zu diesem Themenkomplex nur wenig Auskunft. Bekannt sind lediglich die Zahl und die Lage der Baracken, in denen die Arbeiterinnen untergebracht wurden. Recherchen in den Unterlagen des Standesamtes und der Kirchengemeinde Mölln ergaben aber, dass mindestens 27 Kinder von Zwangsarbeiterinnen im Lager der Heeresmunitionsanstalt an den Folgen von Vernachlässigung, schlechter Ernährung und unzureichender Versorgung gestorben sind. Die Kinder waren auf dem Alten Friedhof der Stadt Mölln beigesetzt worden. 1960 wurde diese Grabstätte abgeräumt und neu belegt.

Aus ihrer Beschäftigung mit Kriegs- und Nachkriegszeit in Mölln entwickel-



IN MEMORIAM

„Seht zu, daß ihr nicht einen von diesen Kleinen verachtet.
Denn ich sage euch: Ihre Engel im Himmel sehen
allezeit das Angesicht meines Vaters im Himmel.
So ist's auch nicht der Wille bei eurem Vater im Himmel,
daß auch nur eins von diesen Kleinen verloren werde.“

MATTHÄUS 18, 10 + 14

Nikolai Podolenjuk 22. 2. 1943 – 31. 8. 1943	Peter Dabugenko 25. 5. 1943 – 31. 8. 1943	Nina Asazenska 15. 11. 1943 – 1. 12. 1943
Wladimir Minchinko 1. 1. 1944 – 15. 4. 1944	Lida Onitschuk 27. 2. 1944 – 26. 4. 1944	Stanislaus Rosla 14. 12. 1943 – 23. 10. 1944
Jewa Powlajek 1941 – 26. 10. 1944	Nadja Paltschikow 3. 3. 1943 – 28. 10. 1944	Nelja Pisarenzo 12. 5. 1944 – 2. 11. 1944
Alex Schaban (ca. 1 Jahr 8 Monate alt) – 7. 11. 1944	Elisawetha Menslowa 13. 11. 1943 – 12. 11. 1944	Valentina Olinik 14. 7. 1944 – 14. 11. 1944
Olda Iljuschonok 1940 – 15. 11. 1944	Iwan Iljuschonok 1942 – 19. 11. 1944	Waldimir Omelnitzki 1. 7. 1943 – 21. 11. 1944
Gregori Matukewitsch 16. 4. 1944 – 24. 11. 1944	Tamara Bogomolowa 2. 12. 1943 – 27. 11. 1944	Iwan Wlasjuk 13. 10. 1944 – 21. 12. 1944
Richard Kowlenko 6. 11. 1944 – 5. 1. 1945	Switlana Kolesnik 28. 10. 1944 – 13. 1. 1945	Peter Iljuschonok 7. 12. 1944 – 18. 1. 1945
Larissa Kamlenok 31. 12. 1944 – 21. 1. 1945	Iwan Berutschka 6. 12. 1944 – 24. 1. 1945	Edick Schkura 12. 1. 1945 – 27. 1. 1945
Sergej Iljuschonok 2. 11. 1944 – 26. 2. 1945	Anatole Sadoroschina 18. 10. 1944 – 15. 3. 1945	Luba Sorowzowa 15. 1. 1945 – 20. 4. 1945

Diese 27 russischen Kinder starben in Mölln, wo ihre Mütter als Zwangsarbeiterinnen im „Gemeinschaftslager der Heeresmunitionsanstalt“ leben mußten. Sie wurden auf dem Alten Friedhof begraben; ihre Gräber wurden 1960 abgeräumt. Seither künden nur noch Sterbeurkunden im Archiv der Friedhofsverwaltung von ihrem Schicksal.

Beispielsweise das gerade erschienene Buch „Mölln. Eine Rückblende“ will uns jetzt vermitteln, daß die „Muna“ vor allem „spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung“ und „gerade für Frauen ... viele Arbeitsmöglichkeiten“ mit sich brachte. Für die Mütter dieser Kinder hieß das konkret: Zwangsarbeit, miserable Lebensbedingungen, Kindstod und Trauer.

Zum Volkstrauertag 1998 mögen uns die Kinder daran erinnern und mahnen, daß auch sie ein Teil der Möllner Geschichte sind.

H. Roggelin

Möllner Markt vom 14. November 1998

ten die Schülerinnen und Schüler eine Ausstellung mit dem Titel *Mölln 45*, die Dokumente und Berichte über die verstorbenen osteuropäischen Zwangsarbeiterkinder ebenso enthielt wie die Ergebnisse der Zeitzeugenbefragung und Informationen über das Leben in Mölln in den Jahren nach 1945.

Die Ausstellung, die erstmals auf dem Weihnachtsbasar der A.-Paul-Weber-Realschule zu besichtigen war, fand großes Interesse. Die positiven Rückmeldungen ermutigten die Klasse, an

dem Thema weiterzuarbeiten. Möllns Bürgervorsteher Lothar Obst traf sich mit den Schülern und Bewohnern des Seniorenheims „Uhlenspiegel“, um einen Weg zu finden, die Ausstellung möglichst vielen Interessierten zugänglich zu machen. Der Pressebericht, der über dieses Treffen erschien, machte die Lauenburgische Gelehrtenschule in Ratzeburg auf das Projekt aufmerksam. Hier wurde die Ausstellung anschließend ebenso gezeigt wie in der Möllner Stadtbücherei.

Das Engagement der Klasse 10 b führte zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe, in der neben den Schülerinnen und Schülern die Rektorin der Schule, Vertreter der ev.-luth. Kirchengemeinde Mölln und der Stadt Mölln mitarbeiteten.

Die Arbeitsgruppe setzte sich die Herrichtung der Grabstätte der Kinder und ihre Umgestaltung zu einer Gedenkstätte zum Ziel. Über die Gestaltung der Anlage wurde lebhaft und engagiert beraten. Die geplante Gedenkstätte wird jetzt an der Stelle eingerichtet, an der die Kinder begraben liegen.

Der Bildhauer Roland Kahlke legte für die Neugestaltung einen Entwurf vor, der in der Arbeitsgruppe große Zustimmung fand. Der Gedenkstein wird die Form eines aufgeschnittenen Findlings haben und auf Bronzeplatten die Namen, Vornamen, Geburts- und Sterbedaten der Kinder tragen. Daneben wird ein Zitat aus dem Matthäusevangelium zu lesen sein:

*„Seht zu, dass ihr nicht einen von diesen Kleinen verachtet, Denn ich sage euch: Ihre Engel im Himmel sehen allezeit das Angesicht meines Vaters im Himmel.
So ist's auch nicht der Wille bei eurem Vater im Himmel, dass auch nur eins von diesen Kleinen verloren werde.“ (Matth. 18, 10 + 14)*

Zusätzlich soll eine Erläuterungstafel über die geschichtlichen Hintergründe der Gedenkstätte informieren. Der Text wurde im Unterricht erarbeitet und lautet:

„Diese Gedenkstätte erinnert an Kinder von osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen, die in der heutigen Waldstadt in einer Munitionsfabrik arbeiten mussten. Die schlechten Lebensbedingungen, die von der Lagerleitung bewusst herbeigeführt wurden, führten zu Unterernährung, an deren Folgeerscheinungen die Kinder in sehr jungen Jahren den Tod fanden. Die Kinder wurden hier beerdigt. Die Gräber wurden 1960 neu belegt, obwohl sie wie die Gräber anderer Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft hätten geschützt werden müssen. Dieser Fehler wird heute (1999), nachdem die Klasse 10 b (Schuljahr 1998/1999) der A.-Paul-Weber-Realschule sich damit befasst hat und das Interesse und den Zuspruch der Öffentlichkeit gewonnen hat, behoben.“

Mit der Umsetzung des Projektes ist inzwischen begonnen worden. Die Schülerinnen und Schüler der Projektgruppe halfen bei den gärtnerischen Arbeiten zur Neuanlage der Grabstätte.

Die Fertigstellung der Anlage ist zum Volkstrauertag im November 1999 geplant.

Christian Lopau / Benjamin Polzin

Die Evakuierung des KZ-Außenlagers Lübberstedt bei Bremen nach Ostholstein 1945. Eine Ereignisskizze

Von August 1944 bis April 1945 befand sich in Lübberstedt-Bilohe auf einem vorerst als Luftwaffenhelfer-/Ostarbeiterlager genutzten Gelände mit Splitter-

bunker und Baracken ein Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme.

Dort lebten und arbeiteten 500 junge

Frauen aus Ungarn, die direkt über das Konzentrationslager Auschwitz nach Lübbestedt deportiert worden waren, um hier in der Lufthauptmunitionsanstalt kleine Fliegerbomben und andere Munition zu befüllen. Die Jüdinnen wurden im Krankenrevier von zwei Frauen aus Polen behandelt, darunter Zofia Pracka, deren Familie wegen Partisanentätigkeit von der Gestapo verhaftet worden war. Ihre Brüder waren nicht weit entfernt – sie mußten in Bremen-Farge auf der Baustelle des geplanten U-Boot-Sektionswerftbunkers „Valentin“ unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten.

Am 20. April 1945 wurden die KZ-Häftlinge von Lübbestedt-Bilohe wieder in Waggons getrieben, und eine Verschleppung mit ihnen unbekanntem Ziel begann. Spuren dieses Transportes findet man heute auf mehreren Begräbnisstätten im Land Schleswig-Holstein.

Im Kriegstagebuch der Muna, geführt von Major Willy Pfeiffer, ist für den 20. April 1945 unter anderem notiert: „Von 7,00 bis 7,45 Uhr Betriebsappell aus Anlaß des Geburtstags des Führers. Arbeitsausfall: 1 Stunde.“

Die jüdischen Kz.-Häftlinge verlassen um 3,52 Uhr die Dienststelle mit unbekanntem Ziel.“ (später mit Schreibmaschine überschrieben: „in Richtung Neuengamme“). Der Transport ging zwar in Richtung Hamburg, das Konzentrationslager Neuengamme wurde aber nicht erreicht.

Der genaue Verlauf des Lübbesteder Transportes ist heute nicht mehr genau zu rekonstruieren. In einem Dokument der „Doc.Intell.Section“ der britischen Armee wird erst der 29. April als Aufbruchstag festgestellt. Dies ist aber sehr

unwahrscheinlich, da die Stadt Bremen an jenem Tag bereits von den Engländern besetzt war.

Möglicherweise ging der Zug zuerst in eine Hafenstadt; dort sollen die Frauen laut Erinnerung von Zofia Pracka auf einen Frachter geschafft worden sein. Dann ging es aber wieder in bereitgestellte Waggons. Sicher ist, daß es von Lübeck aus in Richtung Plön weiterging. In diesem Gebiet lagen Anfang Mai 1945 auch die Regierung Dönitz und der Befehlsstand des Reichsführers-SS, Himmler.

Bei Bockholt kurz vor Eutin kam der Transport am 2. Mai zum Stehen. Britische Tiefflieger griffen an, und die SS-Wachmannschaften verteidigten sich. Dabei soll ungesicherten Berichten zufolge ein Flugzeug abgeschossen worden sein. Als der Zug sich wieder in Bewegung setzte, kam er nicht weit, denn nur wenige hundert Meter hinter dem Bahnübergang Bockholter Baum griffen wieder englische Jagdbomber an, und diesmal gab es zahlreiche Todesopfer. Mitgeführte Munitionswaggons explodierten, und dabei wurden ca. 40 Frauen getötet. Auch der Lokführer soll ums Leben gekommen sein.

Die Frauen wurden im Hainholz bestattet, und ein Gedenkstein erinnert heute an die Stelle. Die Inschrift lautet: „Hier fanden 38 unbekannte jüdische Häftlinge aus dem KZ Neuengamme ihre letzte Ruhestätte“. Anfang November 1960 fand die Umbettung auf den jüdischen Friedhof Lübeck-Moisling statt.

Andere Opfer des Angriffs kamen nach Eutin in verschiedene Lazarette. Nach Angaben des Stabs- und Chefarztes Dr. Linz vom 11. Mai 1945 barg der Krankenkraftwagen des Luftwaffen-

Lazarets Eutin am 3. Mai 18 Personen mit schweren Bombensplittverletzungen. Fünf Frauen – Enöna Daskel, Clara Fried, Margot Fried, Elli Gardos, Rebecca Gerpel – erlagen ihren schweren Verletzungen. Ihre Gräber kann man auf dem jüdischen Friedhof am kleinen Eutiner See finden.

Am 2. Mai 1945 wich die Regierung Dönitz von Plön nach Flensburg aus. Am selben Tag führte Hitlers Nachfolger Gespräche mit Feldmarschall Keitel, Graf Schwerin v. Krosigk, Gauleiter Wegener und Himmler. Um 16 Uhr fand im Hauptquartier von Dönitz eine Lagebesprechung statt; laut Tagebuch wurde festgehalten:

„Das Wesentliche ist der Durchstoß der Engländer von Lauenburg nach Lübeck und der Amerikaner über Schwerin nach Wismar. Damit ist das Tor, das als letztes den Abfluß deutscher Menschen aus dem Mecklenburger- und Pommern-Raum in den eigenen Machtbereich ermöglichte, verschlossen. Ein Weiterkämpfen im Nordraum gegen die Anglo-Amerikaner, das bisher nur dem Zweck der Offenhaltung dieses Tors gedient hatte, ist sinnlos geworden. Daher Entschluß, möglichst schnell mit Montgomery ins Gespräch zu kommen. Hiermit wird Generaladmiral von Friedburg beauftragt.“ Um 20 Uhr jenes Tages verlegte Dönitz die letzte deutsche Reichsregierung von Plön nach Flensburg.

Im Malente befand sich das Hauptquartier von Himmler; auch er wurde vom Durchbruch der Engländer überrascht. Leon Degrelle, Kommandeur der 5. SS-Sturmbrigade Wallonien, fand ihn in seinem Quartier, einem Bauernhof, nicht mehr vor. Es war drei Uhr nachmittags.

„Als ich hinter Eutin auf die Landstraße kam, bot sich mir ein Schauspiel, das an Dantes Schilderungen der Hölle erinnerte. Hunderte von Flüchtlingswagen, Hunderte von Militärlastwagen standen in hellen Flammen. Wie Geier stürzten sich die Tiefflieger in Staffeln zu sechs Maschinen hinunter. [...] Wir kamen zur Abzweigung nach Bad Segeberg. [...] Plötzlich sah ich aus einem Seitenweg einen langen schwarzen Wagen herauskommen. Ein Mann mit einem energischen, bleichen Gesicht unter einem Lederhelm saß am Steuer. Ich hatte ihn erkannt. Es war Himmler.“

Zwischen Timmendorf und Plön kam es zu einem dritten Angriff auf den Häftlingszug. Diesmal gab es 16 Todesopfer unter den jüdischen Frauen. Diese Opfer wurden später – vermutlich zwischen 1960 und 1962 – von Plön nach Schleswig umgebettet. Im Totenbuch des Ehrenfriedhofs Karberg sind 14 Frauen namentlich aufgeführt, zwei sind unbekannt.

Am selben Tag griffen britische Flugzeuge den in der Lübecker Bucht liegenden ehemaligen Luxusdampfer „Cap Arcona“ und die „Thielbek“ an. Über 7.500 Menschen kamen dabei ums Leben; es waren Gefangene deutscher Konzentrationslager, darunter auch die Brüder von Zofia Pracka.

Zofia Pracka überlebte als einzige ihrer Familie. Sie lebt heute in Warschau. Zu ihr und auch anderen ehemaligen Häftlingen hat der Arbeitskreis Muna Lübberstedt Kontakt. –

Am 27. Januar 1996 wurde in Hambergen der Arbeitskreis MUNA Lübberstedt e.V. gegründet. Er besteht zur Zeit aus über 20 Mitgliedern. Vorausgegangen war die Veröffentlichung des Buches *Lw. 2/XI-Muna Lübberstedt in*



Ehrenfriedhof Karberg: Gedenkstein mit den Namen Eva Fellner, Piroschka Feldmann, Katharin Feldmann, Eschebett Feldmann, Clara Feldmann und Piri Feintuch (Foto: Kahrs)

der Editon Temmen (Bremen 1995). Der Hauptinitiator unserer Arbeit, Volrad Kluge, hatte bereits vor über zehn Jahren den Grundstein für die jetzige Forschung gelegt. Sein Tod im Februar 1999 hinterläßt eine Lücke in unserer Arbeit, welche nur sehr schwer wieder zu schließen sein wird. Volrad konnte noch im November 1998 die Einweihung der neugestalteten Grabanlage mit zwei Gedenksteinen mit Namen von Zwangsarbeitern miterleben.

Der ständige Arbeitskreis um Barbara

Hillmann, Erdwig Kramer, Helmut Lubitz, Thorsten Gajewi und Rüdiger Kahrs wird weiterhin die Gedenkstättenarbeit aufrechterhalten. Wer uns Material – vor allem zu den Ereignissen während der Evakuierung nach Schleswig-Holstein – zur Verfügung stellen kann oder Interesse an unserer Arbeit hat, melde sich bitte bei uns. Kontakt: Rüdiger Kahrs, Windhornsweg 16, 27729 Hambergen, Tel. 04793 / 1776.

Rüdiger Kahrs

Literatur:

Barbara Hillmann/Volrad Kluge/Erdwig Kramer (unter Mitarbeit von Thorsten Gajewi und Rüdiger Kahrs): Lw. 2/XI-Muna Lübberstedt. Zwangsarbeit für den Krieg. Bremen: Edition Temmen 1995.

Günther Schwarberg: Angriffsziel Cap Arcona. Göttingen: Steidl 1998 (Erstausgabe 1981).

Percy Ernst Schramm (Hrg.): Die Niederlage 1945. Aus dem Kriegstagebuch des OKW (mit Dönitz-Tagebuch). München: dtv 1962.

„Kirche, Christen, Juden in Nordelbien während der Zeit des Nationalsozialismus“ – ein Forschungsprojekt

I. Der Untersuchungsgegenstand

Die Geschichte des kirchlichen Antijudaismus ist so alt wie die Kirche selbst – im Falle der ev.-lutherischen Kirche beginnt sie mit den Äußerungen Martin Luthers gegenüber Juden. Als unter den protestantischen Hohenzollern das Deutsche Reich neu entstand und Deutschland eine nationale Identität aufbaute, begann auch der moderne Antisemitismus. So definierte der Hofprediger Adolf Stöcker das Volk nicht als „Summe der Staatsbürger, sondern die Lebensinheit des Volkstums, das Lebensganze in Abstammung und Art“. ¹ – „Und aus dieser 'Lebensinheit' wurden Juden bewußt ausgeschlossen, sie gehörten nach Art und Abstammung nicht dazu. Dagegen erschienen Deutschtum und protestantisches Christentum als unauflösliche Einheit.“ ²

Von dieser Tradition her betrachtet, erstaunt es nicht sehr, daß sich die Kirche in der Weimarer Republik durch eine mangelnde Distanz zum rassistischen Antisemitismus der völkischen Bewegung auszeichnete. Als die Kirche 1924 von völkischer Seite wegen der von ihr betriebenen Judenmission scharf angegriffen wurde, verteidigte die Synode der schleswig-holsteinischen

Landeskirche zwar die Judenmission, sprach dem völkischen Rassismus aber gleichzeitig eine klare Legitimation zu: „Die Landessynode erkennt die Berechtigung und den Wert aller Bestrebungen an, die darauf hinzielen, das eigene Volkstum zu stärken und vor zersetzendem jüdischen Einfluß zu bewahren.“ ³

Von dieser Tradition hat sich die ev.-luth. Kirche schon seit längerem entfernt. Im letzten Jahr beschloß die Synode der Nordelbischen Kirche aber auch eine offizielle Neubestimmung des Verhältnisses der ev. Kirche zum Judentum. Daß es hierbei auch um die Aufarbeitung eigener Schuld geht, war der Synode dabei bewußt. Daher wurde die Einrichtung einer zeitlich befristeten Stelle beschlossen, deren Aufgabe es ist, alle Quellen zu erfassen, die das Verhalten der Kirche gegenüber Juden bzw. Christen jüdischer Herkunft während des Nationalsozialismus betreffen. Damit sollen künftige Forschungen zum Thema ermöglicht werden. Die Erfassung der Quellen soll gleichzeitig der Materialsammlung für eine (Wander-) Ausstellung zum Thema und evtl. eine Quellenedition dienen.

II. Schwerpunkte der Quellenerfassung

Im Folgenden stelle ich die vorläufige Konzeption des Quellenerfassungsprojektes dar. Ob sich die skizzierten Ansätze alle durchführen lassen, ist offen, da die Kirche das Projekt nur für zwei Jahre finanziert hat und die Untersu-

chung vier verschiedene Landeskirchen betrifft, aus denen sich die Nordelbische Kirche entwickelte (Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein und Eutin). Daher sind erst einmal drei Schwerpunkte der Recherche anvisiert:

1. Äußerungen, Beschlüsse und Gesetze der Kirche zum Thema Judentum

Hier sollen die wichtigsten Stellungnahmen und Positionierungen sowie alle Gesetze und Erlasse der Amtskirchen in Nordelbien zum Judentum bzw. der NS-Judenpolitik erschlossen werden.

Bei der Erschließung muß gleichzeitig den verschiedenen kirchlichen Strömungen Rechnung getragen werden. Das soll zum einen geschehen durch die Auswertung der verschiedenen Publikationen, Rundbriefe u.a. Zum zweiten empfiehlt sich eine Schwerpunkt-recherche bei den herausragenden Köpfen der jeweiligen Strömungen. Für Schleswig-Holstein wären das bspw.:

1. Pastor *Friedrich Andersen* aus Flensburg, Wegbereiter des völkischen Antisemitismus, der seit 1907 eine Kombination von Protestantismus und rassistischem Antisemitismus propagierte.

2. Pastor *Johann Peperkorn* aus Viöl, bereits in den zwanziger Jahren NSDAP-Mitglied und Propagandist der Deutschkirchler.

3. Der Präsident des schleswig-holsteinischen Landeskirchenamtes *Dr. Christian Kinder*, 1933 Reichsleiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen.

4. Pastor *Wilhelm Halfmann*, einer der führenden Köpfe der Bekennenden Kirche in Schleswig-Holstein.

5. Pastor *Reinhard Wester*, Westerland, Vorsitzender des Landesbrüderrates der Bekennenden Kirche.

2. Konkretes Verhalten gegenüber Juden

Der zweite Schwerpunkt betrifft das konkrete Verhalten von kirchlicher Seite. Wie wurde auf die Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung der Juden von Seiten der Kirche, ihrer Amts-

träger und Mitglieder reagiert? Verkürzt: Wurde geholfen, protestiert, geschwiegen oder mitgemacht?

Gefragt sind alle Hinweise auf einen direkten Kontakt zwischen Kirchengemeinden, kirchlichen Funktionsträgern etc. zu Juden, um Informationen über konkretes Verhalten von kirchlicher Seite zu bekommen. Es empfiehlt sich hierfür, mit Recherchen bei kirchlichen Einrichtungen und Gemeinden anzusetzen, die sich in unmittelbarer Nähe zu jüdischen Gemeinden bzw. Einrichtungen befanden, wo sich also der persönliche Kontakt mit Juden genauso annehmen läßt wie das direkte Erleben bspw. der Pogromnacht 1938. Solche Stichproben würden sich auf Hamburg (Grindelviertel, Altona, Wandsbek), Lübeck, Friedrichstadt, Rendsburg, Kiel und Segeberg konzentrieren.

3. Kirchliches Verhalten gegenüber Christen und Christinnen, die von den Nürnberger Rassegesetzen betroffen waren

Die Untersuchungsgruppe, um die es hier geht, ist wohl am schwersten zu fassen. Es geht um alle von den Nürnberger Rassegesetzen Betroffenen, also im NS-Deutsch „Voll-“, „Halb-“ und „Vierteljuden“. Hinzu kommen die „jüdisch Versippten“, also ihre Ehepartner, aber auch diejenigen, die aufgrund der Nürnberger Gesetze ihre Beziehungen nicht legalisieren durften resp. als „Rasseschänder“ verfolgt wurden.

Erste Stichproben ergaben, daß in kirchlichen Akten derartige Unterscheidungen nicht vorgenommen wurden, sondern ausschließlich die Religionszugehörigkeit notiert wurde. Damit lassen sich die Christen „nichtarischer“ Herkunft, die vielfach Diskriminierungen ausgesetzt waren, nur schwer ermitteln.

Bekannt sind lediglich die Fälle der „nichtarischen“ bzw. „jüdisch versippten“ Pastoren Bothmann aus Wandsbek, Auerbach aus Altenkrempe und Leiser aus Brokdorf.

In diesem Bereich ist es nötig, Informationen von Zeitzeugen und –zeugin-

nen zu bekommen. Nach dem jetzigen Stand ist dies der nötige Weg, um zu erfahren, wo Christen, die von den Nürnberger Gesetzen betroffen waren, ausgegrenzt und diskriminiert wurden bzw. wo diesen Menschen Hilfe und Unterstützung gegeben wurde.

III. Weitere Themenbereiche der Quellenerfassung

Vermutlich kann im vorgegebenen Zeitrahmen von zwei Jahren nur eine Erfassung zu den oben umrissenen Untersuchungsschwerpunkten geleistet werden. Es wird daher nur eingeschränkt möglich sein, die folgenden Aspekte in die systematische Erfassung mit aufzunehmen, obwohl sie für die Thematik wichtig sind:

1. Theologische Lehre

Hier sollen die Lehrinhalte und -auseinandersetzungen an den theologischen Fakultäten in Kiel bzw. Hamburg in Bezug auf die Untersuchungsthematik überprüft werden.

2. Zwangsarbeiter

Die ersten Recherchen haben Hinweise

erbracht, daß von kirchlicher Seite während des Krieges Zwangsarbeiter und/oder Kriegsgefangene beschäftigt wurden. Diesen Hinweisen soll parallel zu den übrigen Recherchen nachgegangen werden.

3. Diakonie

Der Themenkomplex Diakonie ist unter zwei Aspekten wichtig. Es sollte die Euthanasie an Juden und die Personalpolitik bei der Diakonie gegenüber „Nichtariern“ erfaßt werden. Unter diesen Fragestellungen auch die verschiedenen Einrichtungen der Diakonie zu untersuchen, ist voraussichtlich mit einem erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand verbunden.

IV. Vorgehen

Die Quellenerfassung wird zwar auch staatliche Archive einschließen, aber im wesentlichen den kirchlichen Archiven gelten. Das betrifft besonders den Arbeitsaufwand, da einige Kirchengemeindearchive überhaupt noch nicht erschlossen sind.

Schon jetzt ist aber klar, daß die schriftliche Überlieferung sehr lückenhaft ist. Durch Bombentreffer wurden im Krieg die Akten des schleswig-holsteinischen Landeskirchenamtes genauso vernichtet wie die des Kirchenkreises Stormarn, wo es starke Ausein-

andersetzungen zwischen dem „jüdisch versippten“ Pastor Bothmann und dem Nazipropst Dürkop gegeben hatte.

Zusätzlich entzieht sich der Bereich konkreten kirchlichen Verhaltens vielfach der schriftlichen Überlieferung, so daß gleichzeitig Zeitzeugen und –zeuginnen gesucht werden sollen, die gezielte Hinweise geben können bzw. deren Zeugnis fehlende Überlieferung ausgleicht (Sachdienliche Hinweise nimmt jede Kirchendienststelle... – nein, bitte nur an mich, im Nordelbischen Kirchenarchiv in Kiel, Tel. 0431 / 649 86-0).

Die erschlossenen Quellen werden in einer (Augias)-Datenbank erfaßt. Die gesichteten Archivalien sollen komplett aufgenommen und nach den verschiedenen Untersuchungsschwerpunkten bzw.

der Ergiebigkeit zum Thema gekennzeichnet werden. Dadurch werden künftige Recherchen nach Stichwörtern und Themen ermöglicht.

Stephan Linck

1. Zit. nach Friedrich Brunstädt, Adolf Stoecker. Wille und Schicksal. Berlin 1935, S. 126.

2. Werner Jochmann, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945. Hamburg 1988, S. 268.

3. Protokoll der 1. Ordentlichen Landessynode der ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins. Beschluß vom 6.1.1925, A. Nr. 78.

Verborgene Spuren jüdischen Eigentums

Im Düsseldorfer Stadtmuseum lief bis Ende Februar 1999 eine Ausstellung, die eine größere Menge auf den ersten Blick spröden Materials präsentierte. Gezeigt wurden Fotokopien aus Akten verschiedener Finanzbehörden sowie Gesetzestexte aus dem Zusammenhang der systematischen und ns-juristische legalisierten Ausgrenzung und Enteignung von politisch, sozial, religiös und rassistisch verfolgten Menschen im Nationalsozialismus.

Faktisch allen verfolgten und ermordeten Menschen wurde damals im großen Stil, systematisch und gezielt ihr persönliches Eigentum – waren es nun Hausrat, Kulturgüter, Häuser und Grundstücke oder Firmen etc. – auf ns-gesetzlicher Grundlage geraubt. Die Opfer mußten zum großen Teil selbst ihr persönliches Eigentum und Wertgegenstände in langen Listen bis ins kleinste Detail aufführen, um diese dann dem NS-Staat abzugeben, oder ihr Hab und Gut wurde von den Sicherheits- und Finanzbehörden z.B. vor oder gleich nach der Verhaftung und/oder Deportation – oft als „Umzug/Um-siedlung in den Osten“ bezeichnet – beschlagnahmt.

Das gesamte eingezogene/geraubte Vermögen, privates bzw. betriebliches Eigentum wurde dann umstandslos durch die NS-Finanzbehörden an die deutschen und besonders an die ausgebombten „Volksgenossen“ weiterveräußert. Wertvolles (Kultur-)Gut wurde aber auch umstandslos von öffentlichen Einrichtungen (z.B. Museen, Bibliotheken, Behörden) übernommen.

Da die deutsche Bürokratie ja als besonders akribisch bekannt ist, haben wir nun die Situation (um nicht von einem „Glücksfall“ zu sprechen), daß zum großen Teil auch die Empfänger des den Verhafteten, Exilierten, Deportierten und Ermordeten geraubten Eigentums minutiös erfaßt sind.

Es ergibt sich das Bild, daß Hunderttausende von normalen Deutschen (wohlweislich?) nach nichts gefragt haben, sich nicht gewundert haben, daß „umziehende“, „umgesiedelte“ Menschen, Nachbarn, mit denen man z.T. seit Jahrzehnten auf der Etage, im Haus, in der Straße, im Stadtteil zusammengelebt und -gearbeitet hatte, bei ihrem „Auszug“ ihr Eigentum nicht mitnahmen. Wußten die eifrigen oder gierigen Schnäppchenjäger wirklich nicht, wel-

ches „Schicksal“ die Deportierten zu erwarten hatten? Jedenfalls kann man heute davon ausgehen, daß es in deutschen Haushalten noch Gegenstände gibt, die aus solchen Verkäufen und Versteigerungen stammen – sicherlich vielfach ohne daß die Nachfahren der eigentlichen Erwerber noch eine Ahnung haben, woher diese Dinge stammen. Oder funktionierte hier das kollektive „Schweigekomplot?“ (Reemtsma) etwa nicht?

Die Ausstellung in Düsseldorf verursachte nun auch deshalb besondere Aufregung, weil wiederum einmal der Skandal zutage tritt, daß die entsprechenden Behörden – hier die Finanzministerien in Nordrhein-Westfalen und Hessen – erst im 54. Jahr nach Kriegsende und erst auf Druck von außen aktiv geworden sind, ihre Aktenbestände genauer zu untersuchen und – wie sollte es anders sein – natürlich im größeren Maße fündig wurden in bezug auf ein weiteres Kapitel nicht aufgearbeiteter NS-Geschichte

Der zweite Teil der Aufregung ist darin zu finden, daß der forschende Prof. Dr. Wolfgang Dreßen von der „Arbeitsstelle Nationalsozialismus“ an der FH Düsseldorf die Namen in den Akten und für die Ausstellung nicht geschwärzt hat, wie das eigentlich bei sehr enger Auslegung der einschlägigen Gesetze hätte getan werden können. Das Bundesfinanzministerium wie auch das Finanzministerium in NRW hatten zuerst in sehr scharfer Form öffentlich reagiert und sogar von der zuständigen Ministerin in NRW disziplinarrechtliche Maßnahmen gegenüber dem Wissenschaftler gefordert.

Diese hat solche Ansinnen allerdings zurückgewiesen, wollte sie doch nicht

dazu beitragen, daß Schutzgesetze ausgerechnet im Hinblick auf den Nationalsozialismus zum Täterschutz dienen könnten. Die „unterlassene“ Schwärzung der Namen in den Akten führte inzwischen dazu, daß Nachkommen von Verfolgten und Ermordeten nun endlich in der Lage waren, ihre Ansprüche bezüglich „Entschädigung“ und Restitution anzumelden.

Es müßten über diese aktuelle Problematik hinaus auf jeden Fall zu den gesetzlichen Regelungen zum Umgang mit Archivalien, die sich auf die Zeit vor 1945 beziehen, andere, neue Zu- und Umgangsmöglichkeiten eröffnet werden, die die starren Regelungen, die sich z.B. auf Persönlichkeitsschutzfristen beziehen, von der Bundesebene verändert werden. Ein Beschluß der Finanzministerkonferenz vom März 1999 geht auf diese Problematik mit der Aufforderung des flexibleren und offensiveren Vorgehens mit diesen Aktenbeständen ein.

Im November 1998 wurde in dieser Angelegenheit eine detaillierte Anfrage – mit dem Hinweis auf die Ausstellung die Aktivitäten in NRW und – an das schleswig-holsteinischen Finanzministerium gerichtet. Es ging um den Kenntnisstand zu dem Sachverhalt und die Existenz solcher Akten im Lande bzw. die Bereitschaft, sich dieser Angelegenheit auch in Schleswig-Holstein anzunehmen und eine Recherche zu diesen Aktenbeständen zu starten.

Nach einiger Verzögerung wurde im Ministerium dann eine offensive Herangehensweise beschlossen und ein Suchauftrag seitens des Ministers formuliert. Die Recherche ist bislang noch nicht abgeschlossen, es gibt aber Hinweise auf einschlägige Aktenbestände, und

eine intensivere Forschung soll in die Wege geleitet werden. Es zeigte sich jedenfalls, daß in den einschlägigen Institutionen kaum oder gar kein Problembewußtsein und Kenntnisstand in Bezug auf die vor 1945 datierenden Aktenbestände vorhanden war und erst auf Anstoß von außen dann bereitwillig die Recherchen vorangetrieben wurden.

Zur Ergänzung muß noch hinzugefügt werden, daß zwei Lübecker Landtagsabgeordnete der SPD nun plötzlich – wohl auf Initiative des Lübecker SPD-Kreisverbandes – eine kleine Anfrage an die Landesregierung eingebracht haben, die in ihren Formulierungen eher von einem nicht vorhandenen Kennt-

nisstand zu dem seit November 1998 laufenden Verfahren und den Recherchen zeugt. Lübecker EinwohnerInnen sind in der sog. „Holland-Aktion“ besondere Nutznießer der Enteignungen und Verschleuderung des fremden Eigentums gewesen.

Die Recherchen werden jedenfalls intensiviert und mit einschlägig kompetenter Kenntnis weitergehen; die Arbeitsergebnisse sollten veröffentlicht werden. Die Düsseldorfer Ausstellung wird – so die Initiative der Initiatoren – in naher Zukunft auch im Finanzministerium in Kiel gezeigt werden.

Thomas Al. Greifeld

Bad Oldesloe und Gustav Frenssen

Anfang 1999 kam es in Bad Oldesloe zu einer öffentlichen Auseinandersetzung um die Gustav-Frenssen-Straße. Bürgerworthalterin Ilse Siebel unternahm einen Vorstoß zur Änderung des Namens, da ein Autor, der in der NS-Zeit eindeutig politische Propaganda gemacht habe, heute nicht mehr auf diese Weise geehrt werden dürfe. Zur Information der ggf. betroffenen Anlieger fand am 11. März ein Informationsabend mit Kay Dohnke und Dietrich Stein – Herausgeber eines wissenschaftlichen Studienbandes zum umstrittenen Schriftsteller – statt; das Bemühen um Aufklärung wurde mit erregten Ausrufen und Unmutsbekundungen quittiert. Spontan bildete sich nach der Veranstaltung eine Bürgerinitiative „Gustav-Frenssen-Straße“, die eine Beibehaltung des Namens forderte.

Wir sind seinerzeit nach Bad Oldesloe gekommen, um das Sachgespräch

zu fördern, die sehr unterschiedlichen Seiten im Werk und in der Persönlichkeit des Autors zu benennen. Denn Frenssen ist ein Stück Literatur- und Zeitgeschichte nicht allein Schleswig-Holsteins, wo er gern noch als harmloser und politikferner Heimatdichter behandelt wird. Die Gustav-Frenssen-Straße war für mich kein Thema – das ist Sache Bad Oldesloes. Trotzdem sind Kay Dohnke und ich sofort von Gegnern der Straßenumbenennung mit Vorurteilen überhäuft und ins rechte Feindbild eingepaßt worden. Eine solche Mißachtung des fairen Gesprächs und der sachlichen Auseinandersetzung ist schwer zu verstehen.

Gegen den von Kay Dohnke und mir 1997 herausgegebenen Studienband *Gustav Frenssen in seiner Zeit. Von der Massenliteratur in der Kaiserzeit zur Masseneideologie im Nationalsozialismus* (Heide 1997; vgl. ISHZ Heft 32/

1997, S. 94ff.) ist vor allem seitens der Bürgerinitiative „Gustav-Frenssen-Straße in Bad Oldesloe“ in unglaublicher Weise gehetzt worden. Das ist für die Autoren und die Autorin dieses Bandes ehrverletzend und rufschädigend; es geht nicht an, dass Fachleute für ihre sachliche und wissenschaftliche Arbeit so niveaulos beschimpft und unseriös angegangen werden.

Durch die besagte Bürgerinitiative wurde die Auseinandersetzung um Frenssen von vornherein auf diesen Ausschnitt der Ideologieverfallenheit des Schriftstellers enggeführt und versucht, mit falschen Behauptungen ihn zu einem harmlosen Heimatdichter zu machen: So wurde in der Bürgerfragestunde am 5. Juli behauptet, dass Gustav Frenssen „bekanntermaßen Gegner der Nazis“ war und niemals ihr Wegbereiter“.

Erschreckend war und ist zu sehen, welche Lügen und Unwahrheiten – hauptsächlich von besagter Bürgerinitiative – auch über Gustav Frenssen verbreitet worden sind. Damit wird Frenssen als Mensch und Schriftsteller nicht mehr ernst genommen und zu einem Popanz gemacht. Ein paar grundlegende Feststellungen sind um Frenssens willen unumgänglich:

1. Frenssen war engagierter Anhänger nationalsozialistischer Ideologien. In seinem 1940 erschienenen *Lebensbericht* (z.B. S. 315f.) geht es ihm darum, sich mit seinen Anschauungen ganz in den Nationalsozialismus hineinzustellen. Er gehörte dessen radikaler Richtung an, die die bürgerliche Gesellschaft ablehnte.

2. Frenssen vertrat die nationalsozialistische Euthanasie. Noch in der *Lebenskunde* (erschienen 1942) fordert er

Euthanasie für Behinderte, Arbeitsunwillige, Herumstreicher, Volksfeinde, Kriminelle und andere, die er als krank einstuft (S. 50-55). Wer solche Ansichten Frenssens einfach beiseite wischt, muss sich fragen, wie er den Opfern der T4-Euthanasie-Aktion gegenübersteht will. Zwischen Januar 1940 und August 1941 wurden allein im Sanatorium Sonnenstein in Pirna 13.720 Menschen vergast, ehe Adolf Hitler aufgrund der mutigen Predigten des Bischofs von Münster, Graf Galen, diese Mordaktion einstellte, weil er den Unmut der Bevölkerung fürchtete. Frenssen verbreitete seine radikalen nationalsozialistischen Anschauungen ebenfalls im dritten Band seiner *Grübeleien*, der unter dem Titel *Vorland* 1937 erschien (S. 49-70). Weiteres findet sich in anderen Schriften und Zeitungsbeiträgen.

Frenssen kann in seiner Person und in seinem Werk nicht auf seine nationalsozialistischen Anschauungen eingeschränkt werden. Es geht da um viele andere, sehr interessante Aspekte. Offenbar aber bringt die Auseinandersetzung mit ihm immer noch die gleichen Probleme mit sich wie die Auseinandersetzung mit der Zeit des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und der NS-Diktatur.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Sommer 1999 wurde die Frenssen-Straße in Ernst-Barlach-Straße umbenannt. Trotzdem: Ich hoffe darauf, dass in Bad Oldesloe doch noch einmal Gelegenheit zum Gespräch sein wird, ohne dass es von Geschichtsklitterung und durch Zudecken unangenehmer Tatsachen erstickt wird. Bei der Frage einer Straßenumbenennung geht es letztlich darum, ob es sinnvoll ist, einen Namensgeber auf diese Weise zu

ehren und als gesellschaftliches Vorbild hinzustellen. Diskussionen darüber – und es sind unvermeidlich politische Diskussionen – müssen jeweils vor Ort geführt werden, aber immer mit der nötigen Fairness und Verantwortung.

Frenssens Bedeutung hängt nicht an einem Straßennamen. Ob die, die sich

so lautstark als Frenssens Verteidiger ausgaben, doch bereit sind, sich einmal ernsthaft mit ihm zu beschäftigen? Ich würde mich freuen, dann mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Vielleicht gibt es dann doch den Dialog.

Dietrich Stein

Heinrich Hornig – Streit um einen Straßennamen in Itzehoe

Harmloser Heimatdichter oder verblendeter Nazi-Propagandist? Der plattdeutsche Schriftsteller Heinrich Hornig (1876-1958) ist in die Diskussion gekommen, seit bekannt geworden ist, dass er sich gleich nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten immer wieder literarisch für die Politik Hitlers eingesetzt hat. Im Sommer 1999 hat der AKENS die lange überfällige öffentliche Diskussion um dieses problematische und bislang weitgehend unbeachtete „Kultureerbe“ angeregt.

Eigentlich war man von ihm nur Harmlosigkeiten gewohnt: Seit etwa 1903 publizierte der Schriftsteller Heinrich Hornig in den *Itzehoer Nachrichten* kleine Gedichte und Geschichten auf Hoch- oder Plattdeutsch. Naturlyrik, amüsante Anekdoten, Liedér, Märchen und Rätsel für die Kinder gehörten zum literarischen Repertoire des Grundschullehrers, und er erwarb sich damit bald den Ruf eines Heimatdichters. 1876 in Schlotfeld geboren, verbrachte Hornig fast sein gesamtes Leben in Itzehoe. Kleine Regionalverlage stellten zwischen 1906 und 1953 seine Texte – obwohl qualitativ allenfalls Dutzendware – in immerhin 18 meist nur schmalen Bändchen zusammen. Heinrich Hornig: ein Autor wie viele andere, der im

Bereich der regionalen Literatur seinen Markt, sein Betätigungsfeld gefunden hatte.

Schrieb er wirklich nur Harmlosigkeiten? Wer heute in einigen Büchern Hornigs blättert, muss stutzig werden – und ein Blick in verschiedene Tageszeitungen und plattdeutsche Monatsblätter enthüllt ganz andere Positionen:

„... so treckt gans Dütschland as een Trupp.

Un Adolf Hitler geiht vörup,
de echte dütsche Arbeitsmann,
un wiest den Wegg ut Not un Schann“
dichtete Hornig am 8. Mai 1933.

Spontan zusammengereimter Freudenruf über die Machtergreifung der Nazis, vorschnell und im Affekt geschrieben? Ersteres gewiss, zweiteres wohl kaum: Immer wieder ließ sich der Autor in den folgenden Jahren mit Lobliedern auf das braune Regime hören, verlieh er dem „neuen Deutschland“ dichterische Weihe. Im April 1935 war es ein Hymnus auf die Nordmark-SA („Wir folgen dem Führer auf Leben und Tod / ... / Im Gleichschritt erzittern die Fenster der Stadt / Sieg-Heil-Ruf erbrauset vom Wald bis zum Watt“), im Folgemonat ein Gedicht über den Arbeitsdienst. Noch im gleichen Jahr nahm Hornig einige dieser Pro-

pagandatexte in sein Buch *Op de Lebensbrügg* auf, arbeitete später Manches um, veröffentlichte es erneut.

Ein Schiff namens Deutschland, und sein Kapitän heißt Hitler – Maritimes gehört zur traditionellen Bildwelt der Regionalliteratur, und Hornig dichtete es im Oktober 1935 auf die Nazis um. Töne, die zu einem Heimatdichter nicht passen wollen? Sie passen durchaus, denn Hornigs kultureller Einsatz für den Nationalsozialismus war keine Ausnahme; viele sogenannte „Heimatdichter“ schmiedeten ab 1933 Propagandaverse. Der Itzehoer Schulmeister im Ruhestand – 1935 hatte Hornig sich aus dem Berufsleben zurückgezogen – zeigte sich darin aber als besonders eifrig. Kaum ein politisches Ereignis jener Jahre blieb ohne seine lyrische Aufwertung, sei es 1935 der Anschluss des Saarlandes an das Deutsche Reich oder 1938 jener der Sudetenregion.

Wären es ein oder zwei Gedichte, von Hornig im Gefühlsüberschwang nach der Machtergreifung geschrieben – man könnte sie getrost ignorieren. Doch der Autor produzierte jahrelang systematisch Propagandatexte, die er oft in der plattdeutschen Monatsschrift *Moderspraak* drucken ließ. Sie wurden in den dreißiger und frühen vierziger Jahren zum integralen Bestandteil seines Schaffens. Und in einem ging Hornig sogar noch weiter als andere Autoren: Er agitierte auch unter seinen jugendlichen Lesern. Die Rubrik „För de Göörn“ der Zeitschrift *Moderspraak* brachte im April 1936 das Gedicht *Jungvolk marscheert*, in dem die Hitlerjugend bejubelt wird, im Juni 1936 verherrlichte er in dem Text *Suldaten* die Reichswehr aus Kindersicht. Erwachsene, so darf unterstellt werden,

konnten sich von Hornigs Texten ein eigenes Bild machen – Kinder jedoch waren einer solchen Indoktrination hilflos ausgeliefert.

Die vergleichsweise große Dichte einschlägiger Texte zeigt, dass politische Gedichte für Hornig ein wichtiger Bestandteil seines Werkes war; seine Produktion kriegstreiberischer Lyrik endete erst, als den kleinen Zeitschriften das Papier gesperrt wurde. Aber offenbar wollte und will man bis heute davon in Itzehoe nichts wissen...

Grund genug für den AKENS, sich an die Stadt Itzehoe zu wenden und nachzufragen. Im Dezember 1997 erbat der Vorstand von Bürgermeister Harald Brommer Auskunft, inwieweit die Existenz der Propagandatexte bei der 1964 erfolgten Straßenbenennung nach Hornig bekannt war bzw. heute überhaupt offiziell bekannt ist. Sollte das nicht der Fall sein, wollte der AKENS gern wissen, ob die Stadt aus den neuen Erkenntnissen Konsequenzen zu ziehen gedenke. Ein vom AKENS zusammengestelltes Dossier der einschlägigen Texte wurde der Stadt zur Verfügung gestellt.

Der Itzehoer Bürgermeister sah sowohl Aufklärungs- als auch Handlungsbedarf und lud den AKENS zu einem Gespräch ein, wie in dieser Sache sinnvollerweise verfahren werden solle. Der Vorschlag des AKENS, die politischen Texte allen Anliegern der Heinrich-Hornig-Straße zur Kenntnis zu bringen und dann die Diskussion um den Namen öffentlich zu führen, ließ sich nicht umsetzen – die Erben Hornigs würden, das war klar, nicht die Erlaubnis zur Vielfältigung der Texte geben.

So fand dann am 22. Juni 1999 in einem Itzehoer Gymnasium ein Gesprächsabend statt, der in vorausseh-

baren Peinlichkeiten endete. Einem bereits von ungehaltenen Zwischenrufen gestörten Einführungsreferat durch AKENS-Sprecher Kay Dohnke schlossen sich Statements der im Itzehoer Stadtrat vertretenen Parteien und politischen Gruppen an, die anfangs noch alle eine mögliche Umbenennung für sinnvoll hielten. In der dann folgenden chaotischen Diskussion, in der es nicht um die politischen Inhalte der Texte, sondern nur um die Verteidigung des vermeintlich zu Unrecht angegriffenen Lokaldichters ging und in der man es weder mit konkreten Sachverhalten noch der Textinterpretation irgendwie genau nahm, wurde bald deutlich, dass ein Umbenennungsbegehren aus den Reihen der Betroffenen nicht zustande kommen würde – im Gegenteil: In einer spontan durchgeführten, aber die politischen Stadtvertreter nicht bindenden Meinungserhebung wurde per Abstimmung festgestellt, dass Hornigs politische Aktivitäten nicht ausreichend nachgewiesen seien und man ihn lieber doch für einen Heimatdichter halten wolle. Auch jetzt widersetzte sich ein anwesender Enkel der Bitte, die Texte zugänglich zu machen – aber die Mehrheit der Anwesenden wollte sie ja ohnehin nicht zur Kenntnis nehmen.

Erst harmlos-besinnlicher Dichter, dann Verfasser von Propagandatexten? Die wichtige Frage, ob Hornig seine Polit-Reimerei freiwillig betrieben hat, muss eindeutig mit Ja beantwortet werden. Zum einen war der Autor so unbedeutend, dass es für das braune Regime keinen Sinn gemacht hätte, gerade ihn möglicherweise unter Zwang als kulturelle Symbolfigur zu instrumentalisieren

– da gab es andere, viel prominentere Kollegen wie etwa Rudolf Kinau, die eine solche Rolle sogar freiwillig spielten. Und selbst wenn Hornig einen Druck empfunden hätte, nach 1933 für NS-Blätter zu schreiben: Gerade die plattdeutsche Literatur in ihrer „heimatlichen“ Ausrichtung bot vielfältige traditionelle Stoffe und Bilder, die ins Kulturkonzept der Nazis gepasst hätten, ohne einen politischen Kotau vor den Machthabern zu vollziehen: Pflügende Bauern, Fischer und Seefahrer oder das einfache Leben in den Dörfern. Andere Regionalautoren haben während der NS-Zeit publiziert, ohne sich dabei ideologisch und literarisch selbst zu verraten. Hornig hat jedoch bewusst mit literarischen Mitteln Politik gemacht.

Die Itzehoer politischen Parteien bilden inzwischen gespaltene Lager. Die SPD will offiziell einen Umbenennungsantrag einbringen, den die Grünen wohl befürworten werden. Auch die Unabhängige Wählergemeinschaft Itzehoe hat eine kritische Haltung; nur die CDU findet mittlerweile, Hornigs politisches Dichten sei doch nicht überzeugend nachgewiesen und wie im Vergleich zu mehreren Hundert harmlosen Texten nicht schwer genug...

Hornig-Straße hin oder her: Selbst ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende scheint es in der Provinz für viele Menschen nicht leicht zu sein, den eigenen Nahraum und die vermeintlich politikferne Dichtung kritisch zu sehen. Ein zentrales Denkmal in Berlin hilft da Ort bleibt unverzichtbar, ist aber nach wie vor nicht leicht zu führen.

Kay Dohnke